

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

56 (8.3.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.-A einjährig 90 A Postgebühren: bei Abholung in der Geschäftsstelle mit in 10 Tagen 4.00 A; durch die Post bezogen 4.50 - ohne Ausgabe u. Postgebühren monatlich Einzelerg. 25 A

Ausgabe: Freitags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24 Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 491

Anzeigen: Die kleinste Kolonizelle 1.-A Die Restanzezeitung 3.00 A; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif - Annahmefrist 8 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Unterjochung

Die Londoner Verhandlungen abgebrochen - Abreise der Delegierten - Der Vormarsch beschlossen - Errichtung der neuen Zollgrenze

WT. London, 7. März, 6.40 Uhr. (Nichtamtlich. Sonderbericht.) In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Konferenz erklärte Lloyd George die Antwort der Alliierten. Diese seien leider ungenügend gewesen, da die deutschen Gegenentwürfe ungenügend seien, die Sanktionen sofort in Kraft treten zu lassen. Den Abschluß eines Provisoriums könnten sie nicht annehmen. Lloyd George begründete sodann, warum der sofortige Eintritt der Sanktionen notwendig sei, und erklärte, die Welt brauche ein Definitivum. Vor allem zwei Punkte seien es, die sofort geregelt werden müßten:

1. die Beschreibung der Faktoren, die als Äquivalent für Ausfuhrerlöse in Betracht kämen, sowie die Beteiligung der Alliierten an einer Verbesserung der deutschen Wirtschaft und
2. die Art und Weise der Zahlung.

Reichsminister Dr. Simons erklärte, daß die deutsche Abordnung über die Antwort beraten müsse, und zog sich mit den deutschen Vertretern in ein anderes Zimmer zurück. Die Konferenz tagte weiter und erwartete die Antwort der deutschen Abordnung, die um 6 Uhr abends noch bereit.

Die ursprüngliche Vereinbarung der Fristverlängerung bis Donnerstag wurde also durch die Ereignisse überholt. Die Orientationskommission haben sich der französischen Forderungen gemäß und dasjenige beschlossen, was sie eigentlich schon lange vorklagen: Vollständige Unterjochung Deutschlands und Abgabe seines Lebenserlöses bis zum Weltkriegsbeginn, obwohl Lloyd George in seiner Rede klar zum Ausdruck brachte, daß sich die Entente von der Durchführung der Zwangsmassnahmen keinerlei materiellen Ertrag verspricht und sie nur plane, Deutschland zu den geordneten Leistungen zu zwingen. Zu den bisherigen ungeheuren Belastungskosten werden noch ungeheure treten. Alle Mittel, die zunächst von uns herangezogen werden, müssen dem Militarismus der Entente geopfert werden. Darüber hinaus werden die Feinde zunächst Erfolge nicht haben, das müssen neben Lloyd George auch die übrigen Staatsmänner wissen. Man kann uns nicht zur Lieferung von Dingen und Summen zwingen, die wir nicht haben und auch nicht schaffen können. Darüber wird die Politik der Entente über kurz oder lang zusammenbrechen. Aber sei dem wie ihm wolle. Die Not des Volkes wird infolge der weiteren Verteuerung der Lebensmittel gewaltig steigen. Am herbeerdrehtesten werden die Zollmaßregeln im besetzten Gebiet wirken. Sie sind der vernichtende Schlag für unser Wirtschaftsleben. Die Beschaffung von Lebensmitteln, der Abzug von Produkten, der Warenaustausch überhaupt wird so erschwert und verteuert werden, daß eine vernünftige Arbeitslosigkeit und ein mörderisch wirkendes Steigen aller Preise auch für die Entente nicht mehr das Glück hätten. Arbeitslosigkeit zu haben. Der nationalistiche Wahn, der durch die Revolution in Deutschland gebrochen, feiert seine Auferstehung bei unseren Feinden. Was wir jetzt erleben - wir werden es nie vergessen - verdanken wir der Ruhmsucht Wilhelms des Dritten, seiner Generale und den deutschen Nationalisten.

Am Namen der deutschen Arbeiterklasse protestieren wir gegen das Vorhaben der Entente. Da die Forderungen der Entente zum größten Teil nur aus der Arbeiterklasse herausgeschloß werden können, wird dementsprechend der Widerstand der Arbeiterklasse sein.

Handelsfreiheit erhalte. Die Entscheidung darüber, ob die deutschen Gegenentwürfe unternommen werden sollen, liegt völlig in der Hand der Alliierten. Falls die Alliierten aber auf einem Definitivum beständen, so bitte er um eine einmütige Frist, da er sich mit dem Kabinett besprechen müsse. Er halte es angeht die Lage für seine Pflicht, damit keinerlei Unklarheiten zwischen Deutschland und den Alliierten beständen, auf die Donnerstags-Sitzung Lloyd Georges neuerlich einzugehen.

Nachdem Dr. Simons seine Rede beendet hatte, entsand sich ein kurzes Zwischengespräch zwischen ihm und Lloyd George.

Lloyd George: Sie nehmen also die Pariser Beschlüsse für 6 Jahre an. Simons bejaht.

Lloyd George: Und als Bedingung dafür stellen sie das Verbleiben Oberschlesiens beim Reich.

Dr. Simons: Ja.

Lloyd George: Aber wenn Oberschlesien nicht beim Reich verbleibt?

Dr. Simons: Dann ist eine neue Situation geschaffen.

Lloyd George: Und soll die deutsche Endschickung erst nach den ersten fünf Jahren festgesetzt werden?

Dr. Simons: Nein. Es sollen sofort Satz-erständigungs-Verhandlungen darüber stattfinden.

Lloyd George: Und ist keine Garantie für ein Minimum möglich?

Dr. Simons: Nein.

Lloyd George schloß die Sitzung mit der Erklärung: Die Antwort der Alliierten sei ihm nicht zweifelhaft. Da jedoch die Vorschläge der Deutschen geprüft und die Antwort der Alliierten festgestellt werden müßte, so schloß er Vertagung der Sitzung auf 1/2 8 Uhr nachmittags vor.

Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Nachmittags-Sitzung

WT. London, 7. März. In der heutigen Konferenz erklärte Lloyd George, daß er zu keinem großen Bedauern im Namen der Alliierten feststellen müsse, daß die Vorschläge, die Dr. Simons heute vorgetragen habe, nicht mehr annehmbar seien und trotz des geänderten Bestandes der Sanktionen nicht rückwirkend. Er freute sich, daß die Alliierten in den alliierten Ländern und in Deutschland seien bisher darin einig gewesen, daß eine definitive Regelung der Schuldfrage zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft notwendig sei. Die alliierten Sachverständigen hätten ja allerdings einen fünfjährigen Plan aufgestellt, dieser sei aber von seinem Staatsmann in den alliierten Ländern aufgenommen worden. Die Alliierten müßten genau wissen, woran sie seien. Bevor Deutschland nicht Vorläufige mache, gebe es keinen Frieden. Wenn er in dieser Richtung die Vorschläge Dr. Simons unterprüfte, so müsse er sagen, daß diese nur einseitig die Grundlage der Pariser Beschlüsse enthielten, denn sie seien Bedingungen unterworfen, die sie in den nächsten fünf Jahren umsetzen könnten. Wenn insbesondere das Verbleiben in Oberschlesien ganz oder teilweise ungenügend sei, dann sei Dr. Simons berechtigt, zu erklären, daß eine neue Situation geschaffen sei. Es sei kein Vorschlag für fünf Jahre, sondern nur für fünf Wochen. Neben die sonstigen von der deutschen Delegation gemachten Forderungen brauche er nicht erst zu reden, weil die Alliierten für Oberschlesien alles für sich gemacht. Was was geschähe nach fünf Jahren? Hierfür lagen keine Vorschläge vor, welche zum Wiederschließung ihrer verwüsteten Gebiete reichlich Geld ergeben müßten, etwas an Pensionen, Kriegsbeschädigtenunterstützung usw. zu zahlen, seien 500 Millionen Pfund Sterling notwendig. Wenn Deutschland dieses Jahr die Pariser Beschlüsse anführt, so würde es für alle Alliierten 125 Millionen Pfund Sterling, also ein Viertel der Summe aufwenden, die Großbritannien allein aufbringen müßte. Frankreich müsse außer den Kriegsschäden und Pensionen allein für die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete 12 Milliarden Franc jährlich zahlen. Deutschland brauche dagegen nur ein Hundertel der von Frankreich aufzuwendenden Summe für sich zu machen.

Der weitere auffallende Punkt sei die Weigerung Dr. Simons, die Verantwortlichkeit für den Krieg anzunehmen. Dieser Punkt sei der fundamentalste Satz des Friedensvertrages. Dr. Simons hat die Geschichte zur Revision der Schuldverteilung angereizt. Er frage, wann die Geschichte zu laufen beginne. Wenn Dr. Simons von einem Vorschlag von fünf Jahren spreche, dann sei es für die Alliierten ein unbeschädliches Geschäft, daß nach diesen fünf Jahren eventuell die Frage der Verantwortlichkeit als Hintergrund des Friedensvertrages angenommen werden könnte. Die Pariser Beschlüsse stellten einen großen Nachteil der Bedingungen des Versailles dar. Die Alliierten hätten immer betont und wiederholt, daß sie über die Zahl der Annuitäten mit sich reden lassen wollten, sowie über eine der Ausfuhrerlöse äquivalente andere Regelung einer Beteiligung der Alliierten an der Verbesserung der deutschen Lage. Sie müßten aber auf zwei Punkten bestehen:

Erstens müßte unverzüglich der Gesamtbeitrag der von Deutschland zu bewerkstellenden hohen Leistungen über die Forderungen festgesetzt werden, die als Basis für ihre Bezahlung dienen sollten.

Zweitens müßte die Zahl der Annuitäten geregelt werden. Ein hoher Zinsfuß würde nicht den Interessen

der Alliierten. Im Interesse Deutschlands und der Welt sei eine definitive Regelung unerlässlich. Die Vorschläge, die Dr. Simons unterbreitet hat, könnten nur diese Regelung verzögern.

Lloyd George schloß mit der Bemerkung, daß zu ihrem Bestehen die Alliierten zu dem Entschlusse gekommen seien, daß die Sanktionen sofort in Kraft treten müßten.

Die Sitzung wurde dann auf eine Viertelstunde unterbrochen, um der deutschen Delegation Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab Dr. Simons folgende Erklärung ab:

Herr Präsident, meine Herren! Ich muß bedauern, daß auch heute wieder der Ausdruck der neuen deutschen Vorschläge mißverstanden worden ist. Auch für uns waren die Nachteile einer provisorischen Regelung nicht zweifelhaft und wir haben diese vorläufige fünfjährige Regelung nur unter dem Zwange des Minimums, das heute erzieht, vorgebracht, weil wir glaubten, eine bestimmte Maßnahme vorschlagen zu müssen. Über hätten eine bestimmte Gesamtsatzung gesehen, weshalb wir ursprünglich eine Gesamtsatzung vorgebracht. Noch heute würden wir eine solche vorschlagen. Wir hätten aber keine zweiten Vorschläge in der Tasche, sondern müßten nach Ablehnung der ersten einen neuen Weg suchen und haben uns in Berlin im Kabinett bemüht. Wir sind beauftragt und ich habe den Auftrag, den Präsidenten der Konferenz um einen kurzen Ausbruch zu bitten, um mit dem Kabinett Rücksprache nehmen zu können. Ich stelle fest, daß die Beschlüsse unbegründet sind, als ob wir das Provisorium dazu benutzen wollten, um nach seinem Ablauf eine Revision des Friedensvertrages durchzuführen. Im Gegenteil, das deutsche Volk hat die Reparationspflicht als Ganzes übernommen. Wir sind in den Grenzen des Möglichen nachzugehen und sind bereit, einzugehen auf den Gedanken des Präsidenten der Konferenz, wonach den alliierten Regierungen das Recht gegeben werden soll, einen Teil der Preise zu beschlagnahmen, die die Käufer in alliierten Ländern für die aus Deutschland eingeführten Waren zu zahlen haben, damit dieser Teil der Preise an das Schatzamt abgeführt und auf das Reparationskonto verrechnet wird. Ich habe diesen Vorschlag meiner Regierung zur Veranschaulichung empfohlen. Bedauerlich ist, daß der Gedanke in der öffentlichen Meinung Deutschlands dadurch geschwächt worden ist, daß er in die Sanktionen aufgenommen wurde. Auch in dem zweiten Punkt ist die deutsche Delegation mit dem Gedanken des Herrn Präsidenten völlig einig, daß es jetzt darauf ankommt, mit möglicher Beschleunigung festzustellen, welches die Äußersten der festen Leistungen sind, die durch Deutschland ausgeführt werden müssen, und welches die Faktoren der variablen Leistungen sind, die Deutschland für die Reparation im Falle des Wiederauflebens seiner Wirtschaft zu zahlen hätte. Wir sind ferner einverstanden damit, daß in eine Prüfung einbezogen wird über die Art und Weise wie Deutschland seine festen und variablen Leistungen an die einzelnen Länder zahlen kann. Über diesen Punkt soll möglichst bald eine Beratung zwischen den Sachverständigen veranlaßt werden. Es ist ferner, daß, wenn es zu festen Leistungen kommen sollte, sie eine Atmosphäre herbeiführen würden, die durch die Einführung der Sanktionen herbeigeführt sein wird. Ich fühle mich verpflichtet, gegen die Sanktionen, die in diesem Augenblicke einseitig über uns verhängt werden, nochmals mit allem Nachdruck Beschwerde einzulegen. Die Sitzung ist zu Ende.

Die Delegierten verlassen London

London, 8. März. (Telunion.) Briand und die französische Delegation fahren heute abends über Wien nach Paris zurück. Die deutsche Delegation wird London heute früh verlassen.

Der Vormarsch beginnt

Überfeld, 7. März. (Telunion.) Die „Berghsche Märkische Zeitung“ meldet aus Opladen (Reg. Bez. Düsseldorf): Seit heute mittag ziehen durch die Stadt Franzosen in der Richtung auf Düsseldorf. Die Zahl der bis zur Stunde, nachmittags 5 Uhr durchmarschierten Truppen wird auf etwa 1000 geschätzt.

Überfeld, 7. März. (Telunion.) Die „Berghsche Märkische Zeitung“ meldet aus Solingen: Das Bürgerwehrgeschwader von Solingen ist von der englischen Besatzungsbehörde aufgefordert worden, für die Unterbringung einer Besatzungstruppe von 1000-1500 Mann Vorkehrungen zu treffen.

Errichtung der neuen Zollgrenze

WT. London, 7. März. Briand hat dem Neutralen Bureau mitgeteilt, daß das neue Zollregime im besetzten Gebiet am Donnerstag in Kraft treten werde.

Die Aufnahme der „Siegesbotschaft“ in Paris

Paris, 7. März. (Telunion.) Die Nachricht aus London wurde in den Wandelgängen des Senats ungeschuldig erwartet, alle Senatoren hatten sich zu diesem Zweck eingefunden. Als die Nachricht bekannt wurde, daß die Alliierten in vollem Einvernehmen die Verhandlungen abgebrochen hätten, bemühten sich die Senatoren eine große Erregung. Der Antrag der Verhandlungen wurde einstimmig genehmigt und Herr Briand wurde allgemein gelobt.

(Weitere Telegramme siehe „Letzte Nachrichten“ Seite 5.)

Sitzungsbericht

Vormittags-Sitzung

London, 7. März. Die heutige Sitzung der Londoner Konferenz fand, wie bereits kurz gemeldet, um 12 Uhr im Konferenzsaal statt. Sie verlief in äußerst feierlichen Formen. Es fanden feierliche Begrüßungen, wie sonst üblich, statt.

Lloyd George eröffnete die Verhandlungen mit der Frage, was Reichsminister Dr. Simons auf die Befragung der Alliierten antwortete habe.

Dr. Simons erklärte, die deutsche Regierung lehne es ab, die Pariser Beschlüsse als ein Ganzes anzunehmen, da der Unterschied zwischen den Pariser Beschlüssen und den deutschen Gegenentwürfen so groß sei, daß kaum eine Brücke von dem einen zum anderen geschlagen werden könne. So schloß er doch trotz großer Bedenken eine vorläufige Lösung der Reparationsfrage vor. Deutschland sei bereit, eine vorläufige Regelung für die ersten 5 Jahre auf der Grundlage der Pariser Beschlüsse anzunehmen. Festes Jahreszahlungen und dazwischen eine Abgabe, wobei Deutschland statt der 12prozentigen Ausfuhrerlöse, die unpraktisch seien, eine andere Lösung anbiete. Reichsminister Dr. Simons ließ aber keinen Zweifel darüber, daß die deutschen Gegenentwürfe nur dann unterbreitet werden würden, wenn die Aussicht auf Annahme seitens der Alliierten hätte und wenn Oberschlesien bei Deutschland bleibe, sowie Deutschland volle

Seite 8
er
illen
Zeit
hannung
cht.
er in
en
agen
etc.
Artikel
ng.
Hochhelm
berichtet
neubildung
11. März
2.21 Zeit
n 2.21 Zeit
wörter,
Pürschweg
565
gen.
Gemüse
1921.
0.46 Zeit
0.25 Zeit
0.80 Zeit
1.00 Zeit
1.80 Zeit
0.35 Zeit
0.40 Zeit
0.45 Zeit
2.30 Zeit
2.30 Zeit
0.49 Zeit
1.00 Zeit
0.25 Zeit
0.80 Zeit
0.80 Zeit
0.30 Zeit
0.50 Zeit
0.60 Zeit
bis 2.00 Zeit
mit der
geleit. Ihre
einstellung
561
gen.
ssgabe
ach an folch.
e angemeldet
563
haben A-M
Schlag an
Uhr an
Stadt.
ng.
in der alten
betr.
beantragt, die
te Bauplatz
frage - nächst-
s vorgelagert
562
s des Des-
mit dem An-
Beschreibung
ngentamt und
s daher zum
andungen beim
Stelle binnen
vorarbeiten
hatredüchsten
schleunigsten
564
eigen.
e
on 8-12 Uhr
nachmittags an
565
l-Schul.

Ost-westliche Pleite

Von Edwin Barto

Russland liegt im Abgrund, Oesterreich steht ungefaßt auf dem gleichen Riese, Deutschland halt sich am Rande des Abgrundes und Frankreich steht ebenfalls nur noch mit einem Bein auf festem Boden. Alle anderen alten und neuen Staaten des europaischen Festlandes, soweit sie am Kriege beteiligt waren, sind ebenfalls mehr oder minder fest in den Krallen des Pleitegeiers. In Russland macht man sich schon lange keine Budgetsorgen mehr; man druckt Papierseime auf Kreditlohn-raus. Polen vermag nur etwa 10 % seiner Staatsausgaben aufzubringen. Deutschland deckt nicht viel mehr als die Halfste seiner Staatsausgaben durch eigene Einnahmen, Frankreich ist in etwa der gleichen Situation. Der ganze Schatz der neuen Staaten steht ebenfalls das Wasser am Hals. Die Rotenpresse arbeitet mit fieberhafter Hast und verzogert den Papierstump, in dem alles zu erstickend droht. Der amerikanische Dollar ist das fahrende Geld der Erde. An ihm gemessen gilt heute ungefaßt:

Table with 4 columns: Land, Wahrung, Wert, Prozent. Rows include Schweiz, Deutschland, Osterreich, Ungarn, Frankreich, Belgien, Polen.

Man mußt hier eine umfangreiche statistische Arbeit aufmachen, um genau darzustellen, wie der Wert des Geldes sich in den verschiedenen Landern verschlechtert hat und um das Tempo festzustellen, in welchem diese Landern an den oder in den Gruben des Bankrotts geschlittert sind.

Die Staatsschulden sind in allen Landern der Erde, mit Ausnahme von Argentinien, gewachsen. Wir wollen hier ein paar der wichtigsten europaischen Landern mit ihrer Schuldenlast vor und nach dem Kriege aufzufuhren.

Table with 4 columns: Staaten, Wahrung, Schuld in Millionen, Schuld in % (Anfang 1920). Rows include Deutschland, Grobbritannien, Frankreich, Italien, Belgien.

Deutschland marochiert, was die Steigerung der Schulden anlangt, an der Spitze. Aber auch hinsichtlich der Totalziffer der Schuld durfte Deutschland inzwischen an die erste Stelle gerickt sein. Denn Ende 1920 betrug Deutschlands Schuldenlast bereits mehr als 255 1/2 Milliarden Mark. Deutschland ist auch darum besonders schlimm daran, weil es im Auslande keinerlei Guthaben mehr besitzt. Die franzosischen Schulden waren vor dem Kriege bereits sehr hoch; ihnen standen jedoch die groben Kapitalsummen gegenuber, die Frankreich in anderen Landern als Darlehen liegen hatte. Seit dem Zusammenbruch Russlands ist einer der Hauptschuldner Frankreichs verschwunden. Neben diesem Verlust druckt auf Frankreich der Umstand, das es in betrachtlichem Umfange auswartige Schulden gemacht hat. England hat im Laufe des Jahres 1920 seine Schulden um etliche Millionen Pfund vermindern konnen. Oesterreich und Russland fehlen in dieser Statistik, weil beide Staaten nicht irgendwie mit fruheren Verhaltnissen verglichen werden konnen.

Wohin wir blicken, greift die Pleite. Jeder hofft auf ein Wunder. Das Vertrauen in die eigene Kraft, um wieder in geordnete Verhaltnisse zu kommen, steht auf Nullpunkt. Eigentlich findet man nur in Deutschland, das das Volk Glauben und Vertrauen hat, aus eigener Tachtigkeit den latenten Pleitezustand zu uberwinden und die eigene Wirtschaft wieder in gute Ordnung zu bringen. Das Ungluck dabei ist nur, das alle anderen, statt Vertrauen in ihre eigenen Kräfte zu setzen und rettenden Tatwillen zu erzeugen, ihre Hoffnungen ebenfalls auf Deutschland setzen. Sie warnen die Arme Deutschlands so krafftig, das sie ganz Europa allein wieder auf seine Land bringen.

Land bringen. Diese Hoffnung ist Verblendung. Sie muh zur Katastrophe fuhren. Denn sie lahm den Schaffenswillen.

Wer in der Pleite sitzt, wird naturlieh alle Anstrengungen machen, um wieder herauszukommen. Denn es handelt sich um die Existenz, um Sein oder Nichtsein. Wer als Bankrotteur jedoch der festen Ueberzeugung ist, das ein fagenhaft reicher Einzel alle Schulden und noch mehr bezahlen wird, der muh in seiner Aktivitat gelahmt werden und der muh rettungslos verstricken, wenn die erwartete Millionenfufche ausbleibt. So wird es Frankreich und noch anderen gehen, die sich fest darauf verlassen, das Deutschland alle ihre Schulden um einen hohen noch obendrein bezahlen wird. Wir, die wir selber Pleite sind, die wir heute uber 50 mal mehr Schulden haben, als vor dem Kriege, die wir pro Kopf der Bevolkerung 4500 Mark Schulden zu tragen haben -- wir sollen auch noch den Hauptteil der Schulden anderer Staaten Europas bezahlen. Und das Schlimme ist, das man ganz ernsthaft gelaubt, wir waren dazu fahig.

In Europa ist der Geist der Produktion, der Sparsamkeit und Genugtuung verloren gegangen. Das Wort: Nach uns die Sintflut, scheint die Gemuter im weitesten Mahe zu beherrschen. Die Unmoglichkeit aus dem Bankrott und aus den durch die Friedensvertrage geschlossenen, alle Wirtschaftskrafte hemmenden Fesseln herauszukommen, hat die Arbeiterenergie verdrängt und ein hartes Gefuhl der Burschtigkeit gegenuber den sozialen und staatlichen Bedurfnissen breit werden lassen. Ueber die Schuldennirtschaft in einzelnen Staaten geht die breite Masse mit erschreckender Gleichgultigkeit hinweg. In Oesterreich hat die Verteilung der Regierung, das das lauernde Staatsjahr in diesem kleinen Staate mit 42 Milliarden Defizit, also mit 7000 Kronen pro Kopf der Bevolkerung, zu rechnen hat, nicht einmal Gehrachtsstoff werden konnen. So ist es allenhalben. Und in diesem Gefuhl der Ohnmacht und der daraus geborenen Gleichgultigkeit wird der alteste Rettungs-wille der betreffenden Volker allmahlich vernichtet.

Europa ist ein bankrottes Geschaf von der schlauesten Rante bis zur westlichsten. Es ist an den verschiedenen Enden auf verschiedene Art kaputtgeperimentiert worden. Ueberall hofft man auf den rettenden Messias und die Entente denkt dabei an Deutschland. Man hofft aus dem deutschen Volke so viel herauszupressen, das jeder zufriedener wird und das ganz Europa spaeterhin in Gladfeligkeit schwimmen kann. An die einzig moegliche Art, dem sicheren Zusammenbruch zu entgehen, namlich die Friedensvertrage zu revidieren, rucksichtslos alle Produktivkrafte anzuspannen und den an allen Enden und Enden schwanfelnden Bau aus eigenen Kraften zu festigen, hat man im Kreise der Entente nicht gedacht. Man hat bis zur Benutzlosigkeit Schulden gemacht, lieh die Notenspresse fassen, entwertete dadurch Tag um Tag die Kaufkraft des Geldes und rannete sich dadurch immer tiefer in die Generalpleite Europas hinein, die binnen kurzem als Katastrophe auftreten muh, wenn nicht in letzter Stunde die Besinnung eintritt.

Der gefaßte Gek-Brief

Einer Justifikation sind eine Reihe unserer Parteigange zum Opfer gefallen. Es handelt sich um einen gefaßten Brief, den der Reichstagsabgeordnete Genosse Oskar Gek an den Salomonkommunisten Reberer geschrieben haben soll, der ihn dann in seinem 'Revolutionar' Anfang Februar ds. Js. veroffentlichte. Mit wahrer Wollust haben kommunistische Zeitungen diesen fingierten Brief ihren Lesern als echt vorgelesen, weil Genosse Gek in diesem Schreiben seine ganze Regierung verleugnet, die Kriegskreditbewilligung durch die Sozialdemokratie und seine sonstige Haltung wahrend des Krieges fur falsch und verhaengnisvoll erklart und gewissermahen um Vergebung fur seine Tunden bat.

Anstatt nun entweder sich mit dem Genossen Gek diesfhalb in Verbindung zu setzen, aber den Parteivorstand um Aufklarung des Sachverhalts zu ersuchen, veroffentlichten einzelne Parteizeitungen hoch oder auszugswiese dieses Unbesinnliche. Dies ist um so bedauerlicher, als durch eine Notiz in der Morgenausgabe des 'Vorwarts' vom 4. Februar ds. Js. bekannt gegeben wurde, das es dem Genossen Gek niemals eingefallen ist, an den Herausgeber jenes Blattes einen Brief zu richten. Damit fallen die gegen die Parteileitung erhobenen Vorwurfe, sie habe zu dem elenden Machwerk nicht rechtzeitig Stellung genommen, in sich zusammen.

In einer Zeitschrift an den 'Vorwarts' behauptet der Leiter des Mannheimer Kommunistenbundes, das Original des Gek-Briefes zu besitzen. Es kann sich nur um das Original einer Falschung handeln, die dieser Herr irtumlich und schamlos fahrigweise fur echt ansieht.

Die Demaskierung Moskaus

Als der Bolschewismus zur Welt kam, bemuhte sich Ludendorff als Gebuchshelfer Lenin und Trotski hatten Ludendorff auch gleich zum Raten nehmen konnen. Man hatte das Kind ebenjot 'Militarismus' wie 'Bolschewismus' taufen duften. Was ist der Bolschewismus im Innern? Krasse Reaktion, Terrorismus, rot anarichismus. Was ist der Bolschewismus nach auhen? Imperialismus, roter Imperialismus, ebenso udel als der des Kapitalismus. Jahrelang haben Arbeiter, die vom Sozialismus allerdings nicht viel wuhten, wie verzagt nach Moskau gesehen und von dort das Heil erwartet. Heute, wo die Hypothese nachlaht, soll der Rubel verhindern, das die Arbeiter zur Besinnung kommen. Ueber die Entwertung der Arbeiter macht Fortschritt; denn -- Moskau demaskiert sich selbst.

Der bolschewistische Ueberfall auf die Republik Georgien liefert den besten Aufschauungsterritorium. In der 'Republik' erklarte Siodow zur Londoner Kritik, der Angriff der Entente Bourgeoisie gehe nur gegen die deutsche Bourgeoisie. Ja, wenn in Deutschland die Arbeiterklasse an der Macht waere, dann konnte man von einem Aufschlag gegen das Proletariat sprechen. So aber sei das nicht der Fall. Nun, ist auch in der Republik Georgien die Arbeiterklasse nicht an der Macht? Georgien besitzt eine Volksziffer von etwa 100.000 Mann. Ihr gehoren alle gesellschaftlich und politisch organisierten Arbeiter bis zu den altesten Jahrtadgen an. Die erdruckende Mehrheit der Arbeiter ist sozialdemokratisch. Wir haben in Georgien keine Spaltung der Partei, von einigen ganz bedeutungslosen Splintern abgesehen. Die 80 Prozent Bauern der 3 1/2 Millionen ausmachenden Bevolkerung stehen jedenfalls reiflos hinter der Sozialdemokratie. Dasselbe gilt selbstverstaendlich im vollen Mahe fur die Arbeiterklasse. So schiedert der Berliner Genosse des georgischen Freistaates, Dr. Wagnereit, die Machtverhaltnisse in Georgien.

Der bolschewistische Imperialismus kummert sich den Teufel darum, ob in Georgien die Arbeiter regieren oder nicht. Moskau treibt russische Eroberungspolitik. Es hat fur dieselbe alle schmutzige Sache einen neuen Namen: 'Weltrevolution'. Erst wurde Aserbeidschan verschluckt, dann Armenien. Jetzt soll Georgien an die Reihe kommen. Mit Recht betont der georgische Genosse in Berlin, das Proletariat der ganzen Welt muh wissen, das der Freistaat Georgien ein sozialdemokratischer Staat -- von 180 Mitgliedern der Konstituante sind 103 Sozialdemokraten -- dem maderbischen bolschewistischen Imperialismus zum Opfer fallen soll. Bolschewismus ist ein Absolutismus und Imperialismus. Petersburg erhebt sich bereits dagegen. Nur die 'rote Fahne' preist, was die Russen halb zum alten Glauben werfen.

Die notleidenden Agrarier

In Berlin ist in diesen Tagen der Reichstagsbund zu seiner jahrigen Hauptversammlung zusammengetreten. Ihr voraus ging ein Zusammenkunft der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsexperten, die sich aus rechtsgerichteten Volkswirten und Kolonisten zusammensetzt. Auf dieser Tagung wurde sehr ausgiebig uber die Steuerpolitik des Reiches gesprochen. Vor allen Dingen war es Graf Westarp, der den Kampf den Herrschaft im Reichstag fuhrt, einen Kampf fur die gesunde Vernunft, die Steuergerechtigkeit und logisch durchdachten wirtschaftlichen Moglichkeiten, gegenuber der Steuerpopularitat nannte. Unter Ergruber habe, so meinte der Graf, der Kampf gegen den Verfall der Nation gefuhrt. In einer Entschluhung wurde erklart: Nachdem die direkten Steuern nach dem Zustandnisse des Finanzministers vollstandig ausgediebt sind, ist die parlamentarische Durchfuhrbarkeit des dadurch so notwendigen geordneten Ausbaues der indirekten Steuern in Frage gestellt.

Dazu ist zu bemerken, das wohl eine ganze Reihe neuer direkter Steuern gemacht worden sind, das aber die Grundindustriellen wie die Grundbesitzer bisher noch so gut wie gar keine Steuern abbezahlt haben, wahrend jedem Lohn- und Gehaltensempfanger punktuell am Zahlungstage 10 Prozent des Gehalts als Steuer abgezogen wird. Solange diese steuerliche Ungerechtigkeit nicht aufhört, solange werden wir Sozialdemokraten uns gegen die Erhebung weiterer indirekter Steuern verwahren, die in der Hauptsache die arbeitenden Klassen belasten. Die notleidende Landwirtschaft unter Fuh-

Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert. (Fortsetzung.)

Hier Pferde zogen sie und Rudolf im Galopp schon seit acht Tagen einem fremden Lande zu, aus dem sie nicht mehr zuruckkehren gedachten. Sie eilten in ihren Wagen dahin, weiter und immer weiter, hielten sich umschlungen und sprachen kein Wort. Manchmal erblickten sie hoch oben vom Berge irgend eine praechtige Stadt mit Kuppeln, Brueden, Schiffen, Orangenhainen und Domen aus weichem Marmor, auf deren Spitzen Glodenturmen Stueche ihr Nest gebaut hatten. Die Menge wogte auf den weichen Steinen der Strahe hin und her, Maedchen in roten Miederern boten den Vorubergehenden Blumenkraenze an. Die Gloden lauteiten, Mantelstueche, Blumenkraenze mischten sich mit dem melodischen Klatschen der Springbrunnen, deren schimmernder Wasserfall auf Pyramiden faeltlicher Frucht fiel, die zu Fuhren laegeler, kleiner Marmorbilder aufgetuert waren. Und dann kamen sie eines Abends in einem Fischerdofe an, wo grobe braune Netze am Gestade zum Trodnen aufgehängt waren und im Winde schaukelten. Da wollten sie bleiben, in einem niedrigen Hauschen am Wasser, das ein Palmbaum uerschattete. Sie wurden dann in der Gondel auf dem blauen Wasser dahingeleitet, sich in Haengematten wiegen, und ihr Leben wurde dort frei und leicht sein, wie ihre seidenen Gewaender, warm und stundurchfunkelt, wie die suhen Naechte des Sudens. Von diesem unermeelich weiten Zukunftsbilde hob sich nichts Bestimmtes ab; die Tage waren alle gleich herrlich, gleich sonnig und gliden sich wie eine Kette der anderen, wie die Wellen eines unendlich weiten, harmonisch bewegten, blauen, glitzernden Meeres. Aber das Kind begann zu husten, oder Karl schnarchte zu laut, so das Emma erst gegen Morgen einschlieft, wenn die Dammernung schon weih durch die Scheiben blickte und der kleine Justin die Baden der Apotheke offnete.

Emma hatte Reureuz kommen lassen und ihm gesagt: 'Ich brauche einen Mantel, einen langen Mantel mit grobem, gefuelttem Kragen.' 'Wollen Sie denn verreisen?' fragte er. 'Nein! Aber... ach was, ich rechne auf Sie, nicht wahr, und schnell muh es sein!' Er verbeugte sich. 'Und dann brauche ich noch ein Kofferehen, nicht zu saewer, recht handlich, bequem.' 'Gut, gut! Ich vermesse schon, so neunzig Zentimeter zu fuinfzig, wie man sie jetzt macht.'

Da steht naturlieh etwas dahinter, dachte Reureuz. 'Und hier', sagte Madame Bovary und nahm ihre Uhr aus dem Guertel, 'machen Sie sich davon bezahlt.' Der Haendler rief, das tue er nicht, das waere ja sehr unrecht von ihm gehandelt, sie seien doch gut miteinander bekannt! Er misstraue ihr doch nicht! Sie bestand aber darauf, das er ihr misstraue die Reite nahm, und Reureuz hatte sie auch bald in der Tasche und eille damit fort, als Emma ihn noch einmal zurueckrief.

'Lassen Sie die Sachen alle in Ihrer Wohnung. Den Mantel' -- sie ueberlegte -- 'Den lassen Sie bei dem Schneider, wo ich ihn abholen lassen werde. Geben Sie mir nur seine Adresse.' Im naechsten Monat wollten sie fliehen. Sie wollte Pontbille unter dem Vornamen verlassen, in Rouen Besorgungen zu machen. Rudolf sollte dort Plaetze und Raefe besorgen, ja schon nach Paris geschrieben haben, damit die Koffer gleich nach Marseille weiter jpehert werden konnten. In Marseille wollten sie Wagen und Pferde kaufen und sofort nach Genue weiterfahren. Sie wollte ihr Gepaek zu Reureuz besorgen, der es heimlich in der 'Schwaube' unterbringen sollte, so das keinerlei Argwohn erregt werden konnte. Weil dem all war nie die Rede von dem Kinde, und Rudolf huete sich wohl, die kleine zu erwaehnen, deren Existenz Emma ganz vergessen zu haben schien.

Er hat sie um zwei Wochen Aufschub, um noch einige Geschafte zu erledigen; als acht Tage verlossen waren, verlangte er einen Aufschub von weiteren vierzehn Tagen, dann sagte er, er fuhle sich lebend; und als er wieder gesund und geordnet, machte er noch eine Reise. Daruber ging der August hin, und nach all den Verzogerungen wurde endlich der September, ein Montag, unabweisbar als Tag der Abreise bestimmt. Endlich war der letzte Samstag da. Rudolf kam am Abend fruher als gewoehnlich. 'It alles besorgt?' fragte sie. 'Ja.'

Sie gingen um ein Weil herum und setzten sich in der Nahe der Terrasse auf einen Mauervorsprung. 'Du bist traurig,' sagte Emma. 'Nein, weshalb meinst du?' Trostlos sah er sie sonderbar grueltlich an. 'Wird es dir schwer, von hier fortzugehen?' begann sie wieder. 'Keine Bekannten und Freunde, keine Lebensgenossenheiten daran zu geben? O, ich vermesse das wohl... aber ich, ich habe nichts auf der Welt als dich. Ich will dir aber alles erzeigen, die Familie, das Vaterland; ich werde dich verwahren, fur dich sorgen; ich will dich immer und immer lieben.'

'Du bist reizend,' sagte er und schloß sie in seine Arme. 'Wuenschlich!' sagte sie und laegelte wollustig. 'Reicht du mich?' 'Schwoere es!'

'Ob ich dich liebel! Ich bete dich an, Hebes Herz!' Der Vollmond hing purpurfarbig am Rande einer Wiese am Horizont. Schnell stieg er zwischen den Weiden, die ihm oft wie einen Vorhang verbargen, wenn er nicht durch die Locher dieses Vorhanges schien, in die Hohe. Dann erstarb er in zittriger Weise an dem leeren Himmel und verbreitete eine schimmernde Helle. Silbern sank sein Licht auf den Fluß und funkelte dort in tausend Sternen auf, die sich wie der leuchtende Schuppenpanzer einer Schlange bis zum Grunde des Flusses hinabzuwinden schienen. Das Aepelche auch einem ungeheuren Skandalaber, an dem geschmolzene Diamantropfen hinabschwebten. Die weiche Nacht hueltete sie ein. Wie dunkle Luether lag sie schluend auf den Baumkronen. Emma lag mit halbgeschlossenen Augen in tiefen Ruhen die ferliche Luft ein. Sie sprach nicht mehr, beide tief in Traume versunken. Alle Zaellichkeit verflohenen Tage erwaechte heute wieder in ihren Herzen, uberschwelend, schon und schweigsam, wie der silberne Fluß da unten. Manchmal tauchelte ein kleines Nachtvieh, das auf Weite ausging, im Graze, oder ein reifer Pflanzel fiel weih vom Spalter.

'Reich schoene Nacht!' sagte Rudolf. 'Die anderen werden noch schoener sein,' antwortete Emma. 'Und wie zu sich selbst redend, fuhr sie fort: 'Wie herrlich wird die Reise werden! Warum bin ich denn nur so traurig? Habe ich Furcht vor dem Unbekannten? Angstest es mich, alle Gewohnheiten zu verlassen? Oder vielleicht...? Nein, es ist nur das Uebermaeh des Gluecks! Ich bin so schwach! Vergib mir!'

'Reich schoene Nacht!' rief er aus, 'du wirst deinen Schicksal vielleicht spaeter bereuen!' 'Niemals!' entgegnete sie festig. 'Dann schmeigte sie sich an ihn: 'Was kann mir denn an deiner Seite Liebes githosen? Es gibt keine Wueste, keinen Abgrund, kein Meer, die mich trennen koennten. Unser Zusammenleben wird eine fortwaehrende Umfassung sein, die mit jedem Tage intimer werden wird. Wir werden nicht mehr haben, das uns bearaengigt, keine Sorgen mehr, keine Hindernisse mehr fur unsere Liebe! Wir werden allein sein, nur uns angehoerd, fur ewig, fur ewig! ... So sprich doch! Sage mir etwas! ...'

(Fortsetzung folgt.)

ung der Bestand und Gemessen hat keine Veranlassung, sich über Steuerhären zu beschweren, sie kann sich im Gegenteil dazu gratulieren, daß man sie bisher nicht scharfer zur Erfüllung ihrer Steuerpflicht gezwungen hat.

Deutscher Reichstag

Berlin, 7. März.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 24 Uhr und teilt mit, daß die am 20. Februar in den Reichstag gerückten Abgeordneten für Ostpreußen und Schleswig-Holstein eingetroffen sind. Unter diesen befinden sich u. a. Graf von Rantzau, Graf Bernstorff, Dr. Köster, Aufhäuser, unter den Ausschreitenden u. a. Partsch, Siehr, Graf zu Tolna, Schulz-Bromberg, Weinheim, Dr. Blund und Dr. Waldstein.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Rebererblassungsgegesetzes, durch das den Rebererben 4 1/2 Milliarden Abfindung gegeben wird.

Staatssekretär Müller begründet die Vorlage, die vor allem der Arbeitslosigkeit steuern soll. Er schildert den Gang der Verhandlungen mit den Interessenten und geht des Näheren auf die Rechtsgrundlage ein. Er betont, daß die Notwendigkeit der Entschädigung an die Reberer für die Schiffverluste festzulegen durchzuführen sei.

Abg. Schumann (Soz.) erklärt sich mit der Vorlage einverstanden, da das Reich auf diese Weise besser dastehen könne, als im Wege der Einzelentscheidung möglich wäre. Der Wiederaufbau der Handelsflotte sei dringend nötig, wenn wir nicht zu allem Unglück auch noch gezwungen werden sollten, auf die auswärtige Handelsflotte angewiesen zu sein. Wir teilen auch den Standpunkt der Regierung, daß es sich um einen wichtigen Faktor in der Erwerbslosenfürsorge handelt.

Abg. Dr. Reichert (D.D.) Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Vorlage allein genügt schon, um ihre Notwendigkeit darzutun. Erleben läßt sich der Schaden an unseren Schiffen nicht, denn die Verluste belaufen sich auf mindestens 100 Millionen. Die Vorlage enthält auch nur einen Kompromiß, um den Reberern eine Anlaufsmöglichkeit zu geben, damit sie wieder selbst die Initiative ergreifen können. Dazu bedürfen sie einer gewissen Bewegungsfreiheit. Deshalb sind wir gegen alle Beschränkungen.

Abg. Dr. Althoff (Fr.) schildert die Krise auf dem Gebiet der Schiffsinindustrie und der Arbeitslosigkeit. Wenn wir die Gelder für die Schiffstrachten wieder einnehmen können, dann können wir wieder hochkommen. Dem Antrag auf Herabsetzung stimme ich zu.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich Bogner (U.S.), Seiler (Dem.), Gildemeister (D.D.), Reich (Komm.), Erlenz (Dem.), Dittmann (U.S.) und Daus (D.D.). Die Vorlage wird dem Hauptauschuss überwiesen.

Es folgen Ergänzungen zu den Haushaltsplänen, die ohne wesentliche Ausprüche angenommen werden.

Dann folgt der Haushalt des Reichsschatzministeriums.

Abg. Schumann (Soz.) berichtet über die Ausführbearbeitungen, besonders über den Streit in den deutschen Werken.

Abg. Bruns (D.D.): Beim Abbau der Kriegsgesellschaften sind einzelnen Personen Millionen-Gewinne zugefallen. Die Direktoren der deutschen Werke haben 47 000 Tonnen Maschinen an Herrn Kahn für einen Preis verkauft, der ihnen einen Gewinn von 50 Millionen sicherte.

Abg. Lange-Degermann (Fr.): Die Zuschußwirtschaft in den reichseigenen Betrieben muß kleinigt zu Ende gehen. Mit den Kriegsgesellschaften muß aufgeräumt werden.

Abg. Dr. Gutsch (Dem.): Daß in den Kriegsbetrieben viel gekostet worden ist, wird von keiner Seite bestritten. Der Schatzminister sollte bei allen Bescheidungen rasch und energisch eingreifen. Man sollte die große Anzahl von Bescheidungen im Anschluß bringen. Den Vertrag mit Herrn Kahn hätte man allerdings zunächst dem Aufsichtsrat der Reichswerke vorlegen müssen.

Reichsminister von Raumer: Ueber kein Merkmal wird gesprochen, wie über das Reichsschatzministerium. Besonders schwerwiegende Bescheidungen sind mit dem Kahnvertrag verbunden worden. Der Abbau der Kriegsgesellschaften wird weiter fortgesetzt.

Der Präsident schlägt Berichtigung vor.

Abg. Rebebour (U.S.) erhebt zur Geschäftsordnung Protest, weil in der amtlichen Wiedergabe der Rede Eberts ein Absatz über die Steuern fehle. Das sei eine Fälschung. (Große Entrüstung im ganzen Hause.)

Die Abg. D. Gwerling (D.D.) und Kaufmann (Dem.) wenden sich gegen diese Ausführungen. Sie stellen fest, daß es sich um das Versehen des Setzers handelt. In den Berichten der Presse war der Absatz enthalten.

Abg. Rebebour (U.S.) bemerkt danach, er wolle der Riller-Versicherung dienen. (Zurufe: Maul halten! Wichtigkeit!). Damit schließt die Geschäftsordnungssprache.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Fortsetzung.

Schluß 18 Uhr.

Die Anhegehaltsempfänger und die Beamten-Hinterbliebenen

Von A. Weismann

Der badische Landtag hat am vorigen Dienstag nach kurzer Debatte einem Gesetzentwurf seine einstimmige Zustimmung gegeben, der in seiner materiellen Auswirkung für einen Teil der badischen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen und ihren nächsten Angehörigen von großem Interesse ist. Die unter der ständigen Geltendmachung schwer leidenden pensionierten Beamten, sowie die hinterlassenen Ehefrauen und die Kinder verwandter Beamten erhalten durch ihn eine wesentliche Erhöhung ihrer Bezüge, welche die meisten dieser aus dem wirtschaftlichen Prozeß der Produktion ausgeschalteten zwar nicht in den Stand setzt, ein finanziell gesichertes Dasein zu führen, ihnen dieses selbst aber doch etwas erleichtert. Wer vermöchte in unserer bedrängten Gegenwart unbedingten Anspruch auf völlige Sicherung seiner materiellen Existenz zu erheben? Zudem trifft auf die Anhegehaltsempfänger, wie auf alle aktiven Beamten und Beamtinnen das bekannte Gesetz der Klassifizierung der in Frage kommenden Berufsgruppen ebenfalls in vollem Maße zu, daß die wirtschaftliche Lage der einzelnen je nach der Höhe der Familie, nach etwa vorhandenem Vermögen, der Zahl der noch zu versorgenden Kinder usw. sehr verschieden ist.

Die grundlegende Bedeutung des verabschiedeten Gesetzes liegt in den §§ 1 und 2. Danach werden die Witwen und Hinterbliebenen in ihren Bezügen gleichgestellt. Diese Bezüge sollen geregelt werden, wie wenn die betreffenden Beamten bei ihrem Ausscheiden aus dem Dienste noch dem am 1. April 1920 in Kraft getretenen Besoldungsgesetz besoldet gewesen wären. Eine ähnliche Regelung ist für die Witwen und Waisen verwandter Beamten vorgesehen. Es liegt auf der Hand, daß damit eine ziemliche Vervollständigung der derzeitigen Anhegehaltsempfänger und der Hinterbliebenen verwandter Beamten gesetzlich untergeordnet erhalten hat, denn die Gehälter der Zeit in Baden tätigen Beamten müßten in den letzten zwei Kriegsjahren wegen der gestiegenen Löhne erheblich erhöht werden. (Selbstverständlich ist zurzeit der Landtag wieder eine Vorlage, die eine Ergänzung zur Besoldungsordnung vom 1. April 1920 darstellt). Der deutsche Reichstag stellte sich im

Dezember d. J. auf diesen durchaus zu billigen Standpunkt, obwohl damit eine hohe Mehrausgabe verbunden war, und der badische Landtag ist diesem rühmlichen Beispiele gefolgt. Und das ganz selbstverständlich, obwohl ein Teil der Pensionäre in ihren politischen Anschauungen für das alte System, das sie oft mit geradezu hämmernden Sentenzen abgelehnt hat, alles, für das neue System und für den stärksten Einfluß der Sozialdemokratie im Reichstag und im Landtag an nur scharfer Kritik übrig haben. Gar oft konnte man in dem Munde mancher Anhegehaltsempfänger die Worte hören: Unter der Monarchie hätte man uns nicht so hungern und darben lassen, wie im Betriete der deutschen Republik! Sie verweisen vollständig, daß die verlebte und verlebte Welt des alten Regimes es war, die letzten Endes auch für die ungeheure Verarmung und damit auch für das bedauerliche Verbleiben des Lebensniveaus der Anhegehaltsempfänger und der Pensionierten Hinterbliebenen verantwortlich zu machen ist.

Leb das nur nebenbei. — Obwohl im Haushaltsausgleich nur in der Unterbringung des Landtages trat jede einzelne Partei nach besten Kräften für die Regierungsvorlage ein und beim es, ihr Parteiprogramm an der Notwendigkeit des in diesem Falle unbedingt gebotenen staatlichen Eingriffs zu fassen. Nur in dem Punkte der Vermehrung zu hoher Pensionen für die früheren Minister und sonstigen hochgestellten Beamten trat die sozialdemokratische Fraktion im Hauptausschuss ausserordentlich ein. Sie schlug vor, hier die allgemeine Warnung des Gesetzes, daß die Pensionen der alten Minister und früheren Beamten nach den Gehältern der neuen Minister und früheren Beamten bemessen werden, außer Kraft zu setzen, denn es sei nur die Not der Pensionäre gelinder, nicht aber übermäßig hohe Anhegehälter bezahlt werden. Die anderen Parteien stimmten dem Vorschlage zu und so war es möglich, diese Minister-Pensionen, welche durch die November-Revolution des Jahres 1918 sich ergeben haben, wesentlich niedriger zu stellen.

Es erhält jetzt ein früherer Minister einen Jahreslohn von 22 000 M., einen geschätzten Steuerzuschlag von 12 71 M., zusammen also 34 71 M. Gemäß noch ein reichlich hoher Betrag; aber er wäre um etwa 10 000 M. höher, wenn die Sozialdemokratie mit ihrem Abwandlungsantrag nicht eingegriffen hätte. Schließlich darf man auch in diesem Falle die gesetzlichen Bestimmungen und die sich überall fühlbar machende Geldentwertung nicht außer Acht lassen; zudem hat man es nur mit wenigen früheren Ministern und höheren Beamten zu tun. Deren Witwen wie überhaupt die Frauen früherer höherer Staatsbeamten erhalten 9000 M. und die vorgeschriebene Steuerzuschlag von 12 871 M., zusammen 21 871 M. Auch bei diesen Beträgen ist gegenüber den Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Anhegehaltsempfänger eine Kürzung vorgenommen worden. Die Sozialdemokratie war also bestrebt, in welchem Maße ausgleichend nach oben und unten zu wirken, soweit sich dies mit den nun einmal vorhandenen Paragraphen der Reichsvorschriften vereinbaren ließ.

Aber nun die Berechnung der neuen Anhegehaltsebzüge? Da sind überaus große Schwierigkeiten zu überwinden; der Haushaltsausgleich hat sich deshalb am Freitag nachmittag in einer mehrtägigen Sitzung mit den ihm von der Regierung vorgelegten Ausführungsbestimmungen zu dem neuen Pensionengesetz beschäftigen müssen. Man vergegenwärtigt sich, daß für jeden der pensionierten Beamten — und ihre Zahl beträgt zurzeit 2827, das sogenannte Besoldungsbediensteter bis zum und nach dem 1. April 1920 ausgerechnet werden muß, daß nachzutragen ist, welche Bezüge die 294 Witwen und Waisen verwandter Beamten nach den Grundprinzipien des Gesetzes zu beantragen haben. Denn sie erhalten einen Zuschuß zu ihren bisherigen Witwen- und Waisenlohn, in der Höhe des Unterschiedsbetrages, als wenn der verlebte Beamte bei seinem Ausscheiden aus der Dienststelle noch im bestehenden Stande dem Besoldungsgesetz vom 1. April 1920 besoldet gewesen wäre. Es sind also langwierige Berechnungen heranzuziehen, die Personalkassen nachzuprüfen und die Möglichkeit von Beförderungen ins Auge zu fassen, kurz eine Reihe von Voraussetzungen zu erfüllen, die sich beim besten Willen nicht in wenigen Tagen erledigen lassen. Der Landtag hat deshalb in einer angemessenen Resolution auch die baldige Auszahlung von Besoldungen vorgeschrieben, sobald in dem in Kürze vorzuliegenden 8. Nachtrag die vorgeschriebenen Mittel bewilligt sind. Die Auszahlung kann mit gutem Gewissen erfolgen, denn die Pensionäre und die Beamtenhinterbliebenen erhalten Nachzahlungen, die wir schon bemerkt, das neue Pensionengesetz ab 1. April 1920 gilt. Die größte Not rasch zu lindern, ist Zweck und Ziel des Gesetzes.

Natürlich sind auch Sicherungen gegen seine mißbräuchliche Ausnutzung nötig. Die Anhegehaltsempfänger, welche nach ihrem 60. Lebensjahre aus dem Staatsdienste ausgeschieden, und ihre Pension erhalten, sollen — drücklich ausgedrückt — nicht zu Lohn- und Gehaltsbeholdungen werden. Ihre Pension darf sie nicht in die Lage setzen, in die Privatindustrie oder in sonstige Unternehmungen einzutreten und anderen nichtpensionberechtigten Staatsbürgern Arbeit und Beschäftigung wegzunehmen, weil sie — laut oben ihrer Pension — billiger arbeiten können. Dagegen treffen die Ausführungsbestimmungen entsprechende Vorkehrungen. Voraussetzung ist natürlich immer, daß man mit dem ausgesetzten Anhegehaltsebzug auch einverstanden leben kann. — Im übrigen aber sollen die Ausführungsbestimmungen nach dem am Freitag nochmals ausgesprochenen Wunsch des Haushaltsausschusses lokal gehandhabt und etwa sich einstellende Härten vermieden werden. Der betreffende Ausschuss lautet: Bei der Nachprüfung der einzelnen Fälle soll wohlwollend verfahren werden.

So ist denn unter Mithilfe der sozialdemokratischen Landtagsfraktion wiederum ein Gesetz geschaffen worden, das, dem Zwecke dienend, aus Deutschland allmählich eine soziale Republik zu machen. Die politische Demokratie erfüllt ihre Aufgabe nur in sehr beschränktem Maße, wenn die Verbesserung der materiellen Lage einzelner Volksschichten nicht mit dem nötigen Verständnis gefördert wird. Die Tat soll erweisen, daß das neue Regime denn doch an sozialer Einsicht und an nie verlassender Hilfsbereitschaft gegenüber den Notenden des Volkes dem alten Regime insofern überlegen ist.

Gewerkschaftliches

Die Delegiertenwahlen des Metallarbeiterverbandes in Mannheim

Ein glänzender Erfolg der S.D.P. — Schwere Niederlage der U.S.P. und F.D.

Die Delegiertenwahlen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungssitz Mannheim, haben am Sonntag stattgefunden. Was die Bezirksgeneralversammlungen am 20. Februar begonnen hatten, wurde fortgesetzt.

In den sämtlichen Wahlbezirken ist die Liste der S.D.P. mit übergroßer Mehrheit gewählt worden; die Listen der U.S.P. und F.D. haben noch weniger Stimmen erhalten als man ihnen zutraute.

Ein Penetral! Ob sie gelernt haben, was in Gewerkschaftskampfen notwendig ist? Die „Erlöhne“ hatte in den letzten Tagen noch alle Register gezogen. Aber die Vernunft der Mannheimer Metallarbeiter in ihrer übergroßen Mehrheit war eben härter als die Künsterlisten der „Erlöhne“-Leute.

In den bis jetzt gehaltenen 9 Bezirken haben glänzende Stimmen erhalten: Liste I S.D.P. 2329, Liste II U.S.P. 842, Liste III F.D. 1057.

Badische Politik

Und immer wieder die Deichung von Versicherungsämtern

Die „Badische Presse“ berichtet in ihrer Samstag-Mittagsausgabe abermals die Artikelströme über die drohende Gefahr, daß die Versicherungsämter in Freiburg und Mannheim mit den Abg. Markloff und Ziegelmeier besetzt werden könnten. In diesen Ämtern dürften die Leiter keine Parteipolitik treiben, sondern hätten einfach die Bestimmungen des Gesetzes sachlich und sinngemäß anzuwenden. Das heißt, ganz selbstverständlich ist und den Abg. Markloff und Ziegelmeier, wenn sie ernannt werden sollten, lieber als unüberwindliche Unterlage ihrer amtlichen Tätigkeit erscheint.

Die „Bad. Presse“ faßelt aber noch so etwas, wie Abhängigkeit der Politiker von ihrer Partei. Das ist das bekannte Geschwätz, das über die sachlichen Schwächen der Kur-Beamten hinwegzeln soll. Die bisher im staatlichen Dienst befindlichen Sozialdemokraten haben doch wohl bewiesen, daß sie neben ihrer politischen Befähigung auch sachlich etwas leisten können. Und genau so würde es im Falle der Abg. Markloff und Ziegelmeier stehen, denn beide befassen sich seit Jahren mit Arbeiterversicherungsfragen, kennen die in Betracht kommenden Gesetze und wissen auch über ihre Anwendung Bescheid. Was also das Geschwätz aus Beamtentreiben zu dessen Sprachrohr für die „Badische Presse“ macht? Wir haben in Baden etwa 16 000 Beamte. Gerät wirklich der ganze Apparat in Unordnung, wenn noch ein Zentrum- und ein sozialdemokratischer Abgeordneter in diesen eingefügt werden? Das werden die Abgeordneten der „Bad. Presse“ nicht zu behaupten wagen. Deshalb tun sie auch unklug, die Pressepolitik fortzusetzen. Oder nehmen sie an, die organisierte Arbeiterschaft ließe sich auch künftig sogar von den Stellen fernhalten, an deren Erhaltung ihre geleisteten und noch zu leistenden Beiträge mit verwendet werden? Diese Rarität, wenn sie in Beamtentreiben vorhanden ist, — beweist höchstens, wie wenig man dort den Gang der politischen Entwicklung versteht. Die Arbeiterklasse hat es seit immer nur um Arbeit zu spielen; sie will auch in den Versicherungsämtern den Hammer in die Hand nehmen und ihres eigenen Glückes Schmied sein. Darüber mögen gewisse Leute heulen und wehklagen und die reaktionäre Presse sich demütern enttäuschen, helfen wird dies beiden Interessenten nichts. Mit dem härteren Eingreifen der organisierten Arbeiterschaft in die staatliche Verwaltungsmaschinerie muß allerseits gerechnet werden.

Aus der Partei

Dr. Grünwetterbach, 8. März. Kürzlich fand im Gasthaus zum Adler die Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei statt. Der 1. Vorsitzende Gen. Gust. Kappeler behauptete zunächst, daß nicht alle Parteigenossen anwesend waren; gerade in so schwerem Zeit, wie der gegenwärtigen wäre es Pflicht eines jeden Parteigenossen sich mehr an öffentlichen Leben zu beteiligen. Der Geschäfts- und Kassenbericht fand allseitige Zustimmung. Eine längere Debatte löste der Bericht der Bürgerausschussfraktion aus. Es wurde allgemein der Wunsch laut, daß die Genossen sich in Zukunft mehr wie bisher an die Fraktionsbeschlüsse halten. Bei der Neuwahl wurde die alte Verwaltung mit Ausnahme des 2. Vorsitzenden Gen. G. Schiffer, der eine Wiederwahl ablehnte, wieder gewählt. Unter Punkt Verschiedenes wurde besonders die Gründung einer Ailiale des Konsumbundes Durck angesetzt. Mit einem Aufbruch an die Genossen, unermüdblich für die Ideen des Sozialismus zu wirken, schloß der 1. Vorsitzende Gen. Kappeler die jährliche Versammlung ab.

Aus dem Lande

Mannheim, 6. März. Zwei falsche Kriminalbeamte erwiderten sich hier in den letzten Tagen zwei Balken Stoff im Wert von 5000 M. Die Schwindler wurden in der Person eines Wohnplatzinspektors und eines Tagelöhners von hier ermittelt. — Ein Wähler, Volontär wurde auf dem Heimweg von einer Heerde von einem Unbekannten rüberhand überfallen, durch drei Messerstiche verletzt und seiner Brieftasche beraubt.

Reilingen bei Dudenheim, 6. März. In der Wohnung des Hof. Vogel im Sprengpavillon, das zum Ofen getrodnet wurde, durch die Unvorsichtigkeit des Führers Kösterkens zur Explosion. Das Kind erlitt schwere Verletzungen und das Haus wurde stark beschädigt.

Mannheim, 7. März. Ein schweres Verbrechen, an dem drei junge Leute aus Mannheim beteiligt sind, ist durch einen seltsamen Zufall bühlig gelüftet worden. Am 16. Februar war auf der Fahrt von Mannheim nach Germisch der Autobesitzer Bauer und sein Chauffeur von drei jungen Leuten ermordet worden, weil diese das Fahrgeld sparen wollten. Einer der Täter hatte in dem Auto seine Ranfette verloren und durch die darin eingestampelte Wahrschnummer konnte man die Wörder überführen, denn einer der Täter hatte seine Ranfette in einer Karlsruhe'er Wäschschank in Auftrag gegeben. Die weitere Untersuchung ergab, daß einer der jungen Leute seiner Firma 3000 M. unterschlagen hatte. Das Geld verbrachte er in der Wäsche. Die Täter sind der 18jährige Sohn des verstorbenen Stadtkonzepts Fritzsch, der Sohn eines Zahnarztes Kiege in der Wäsche, der noch die Oberrealschule besuchte und der dritte heißt Rino Engler. Nach anfänglichen Leugnungen gaben sie ihr schweres Verbrechen zu.

Gelbberg, 4. März. In der nächsten Woche findet hier auf Anregung der württ. Regierung eine Besprechung der Vertreter der südd. Staaten über die Frage der Regelung des Ausfuhrverkehrs in diesem Jahre statt.

Gelbberg, 7. März. Noch unbekannt Diebe brachen in einen Weinkeller ein und stahlen 200 Flaschen Rotwein, im Wert von etwa 4000 M. — Den Ermittlungsstab erlitt ein vier Monate alter Kind einer hiesigen Witwe. Durch Unvorsichtigkeit waren glühende Kohlenstücke in einen Wäschekorb gefallen; die Wäsche verbrannte größtenteils und durch den entstehenden Rauch erlitt das unbesorgte Kind.

Florsheim, 6. März. Auch hier sind vereinzelt Krankheitsfälle vorgekommen, die man als Schlafkrankheit bezeichnet. Von einem epidemischen Auftreten kann aber nicht die Rede sein.

Florsheim, bei Offenburg, 6. März. Für den Augenblick für verrohnenen Tabak werden von Händlern nur noch 500 M. für den Zentner bezahlt.

Grünthal, Am Wachen, 4. März. Ein krankes Pferd, das der Viehhüter G. e. m. in Behandlung hatte, stieg aus und trat den Grimm auf die linke Brustseite, daß er sofort umfiel und nach einigen Minuten starb.

Schnau I. B., 8. März. Der aus dem Elfaß geübte Schmittler W. Schneider, der von der Staatsanwaltschaft Remmingen (Wagen) wegen fahrlässiger Tötung verurteilt wurde, wurde hier verhaftet.

Heberlingen, 5. März. Das Wohn- und Lesezimmergebäude des Landwirts Julius Ernst in Heberlingen, Gemeinde Petersweiler, ist bis auf den Grund niedergebrannt. Der Schaden ist beträchtlich.

W. B. 5. März. Ueber einen prächtigen Marsch, der gestern hier begangen worden ist, wird berichtet: Der 23 Jahre alte Musikant Müller schlug nach vorausgegangenem Festlichkeiten seinen Vater nieder und führte ihm schwere Kopfwunden zu. Dem Bewusstlosen schenkte er dann die Rechte durch, so daß der Bedauernswerte verurteilt wurde. Der Täter wurde sofort verhaftet und gelang seine entsetzliche Tat in allen ihren Einzelheiten ein, ohne irgend welche Reue zu zeigen. Es wird noch hinzugefügt, daß in der Familie des Getroffenen schon seit längerer Zeit die größte Unzufriedenheit herrschte und heftige Streitigkeiten an der Tagesordnung waren.

Aus der Stadt

Karlshöhe, 8. März

Geschichtskalender

8. März, 1890: Der Dichter Hermann Conradt in Würzburg. — 1601 Leo Tolstoi aus der Kirchengemeinschaft ausgeschlossen. — 1917 Revolution in Petersburg.

Karlshöhe Parteinachrichten

Bezirk Weststadt. Morgen Mittwoch abend halb 8 Uhr findet im „Württemberg Hof“ Bezirksversammlung mit Vortrag von Gen. Stadtrat Philipp über „Auftrag“ statt. Ein zahlreicher Besuch wird erwartet.

Bezirk Mittel- und Südweststadt. Mittwoch den 8. ds. MtS, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Krone“, 2. Stod, Versammlung mit Vortrag des Genossen Koch über „Die allgemeine politische Lage vor, während und nach dem Krieg“.

Bezirk Mühlburg. Auf der Tagesordnung unserer morgigen Bezirksversammlung steht als erster Punkt: „Die wachsende Fahrpreiserhöhung auf der Albstalbahn“. Der zweite Punkt ist der Vortrag des Gen. Oberreferenten Beeh: „Die wirtschaftliche Lage im Lichte der Entwicklung“. Es ist zu hoffen, daß sich unsere Genossen nicht durch andere Veranstaltungen abhalten lassen und in dieser wichtigen Versammlung zahlreich erscheinen. Anfang 1/2 Uhr im „Jahlinger Löwen“.

Einführung in die Kunst. Die Arbeiter-Jugend veranstaltet nächsten Donnerstag abend 8 Uhr in ihrem Lokal zur „Gambirushalle“, Eberhardstraße, einen Lichtbildervortrag, zu dem auch der weitere Kreis der Erwachsenen, Parteigenossen und Genossinnen, eingeladen ist. Gen. Sekretär G. Stenz wird einen Vortrag über „Einführung in die Kunst“ halten und im Anschluß hieran zur Erläuterung und Ergänzung seiner Ausführungen eine Anzahl Lichtbilder zeigen. Die Genossen und Genossinnen, die die Führungen durch die Kunsthalle bereits mitgemacht haben, werden in dem Vortrag eine willkommene Ergänzung des dort Gesehenen finden, während jene, die an den nächsten Führungen teilnehmen, durch den Vortrag eine gute Einführung und Vorbereitung erfahren werden. Der Eintritt ist frei. Die Parteimitglieder werden um zahlreiche Teilnahme an dem Vortrage ersucht.

Aus der letzten Stadtratssitzung

Milchversorgung. Nachdem die Verhandlungen über die Errichtung einer „G. m. b. H. Milchversorgung Karlsruhe“ in der vom Stadtrat als wünschenswert erkannten Form und Zusammenfassung mit den in Betracht kommenden Organisationen gescheitert sind und hiernach dem städt. Milchamt auch weiterhin die Regelung der Milchversorgung der Stadt obliegt, wird beim Bürgerausschuß die Zustimmung zur Errichtung einer Gemeindefabrik für das städtische Milchamt beantragt. — Gleichzeitig beschließt der Stadtrat, der Milchordnung für die Stadt Karlsruhe eine den veränderten Verhältnissen entsprechende neue Fassung zu geben und dieselbe neuerdings zu veröffentlichen.

Konseratorium für Musik. Der Stadtrat erklärt sich mit Vorschlägen der Kommission für das Konseratorium auf Erhöhung der Honorare des Lehrpersonals der Anstalt sowie der Schulgelder ab 15. März 1921 einverstanden.

Rebauung der Hans Sachsstraße. Aus Anlaß eines Antrags für städt. Gelände an der Hans Sachsstraße beantragt der Stadtrat beim Bürgerausschuß, die unterm 14. Juni 1917 angeprochene, seit 1. Januar 1920 erloschene Grundabtretung des Stadtrats zum Verkauf der Grundstücke Abt. Nr. 882b-v an genannter Straße unter den seinerzeit festgesetzten Bedingungen neu zu erklären.

Aufstellung von Plakatausstellungen. Auf Antrag des Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amtes wird genehmigt, daß die Gasse der Sophien- und Festungstraße an die Stelle der dortselbst befindlichen Plakatausstellung und die letztere beim „Mühlstrug“ neben der Haltestelle der Lokalbahn aufgestellt wird.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Volksbühne Karlsruhe

Reihe M: „Die Stützen der Gesellschaft“ von Ibsen

Wenn dieses Drama heute, nach noch nicht 50jähriger Lebensdauer, matter wirkt, als in der literarisch bewegten Zeit nach seiner Entdeckung, so liegt das z. B. daran, daß die Gesellschaftskritik seinerzeit bedeutend an Tiefe und Schärfe gewonnen hat. Nicht nur durch die dramatische Literatur, auch durch die erzählende, aber namentlich durch die Zeitungen und die Kleinfunktion der satirischen Bibliotek, allen voran der Simplicissimus. Wenn wir heute etwas von der „guten“ Gesellschaft hören, so vernehmen wir deutlich den Unterton der Ironie. Die Zeiten, wo die besseren Leute wirklich die besseren waren, liegen weit zurück; heute weiß jeder, daß sie nicht moralischer sind als andere und auf das Prädikat keinen legitimen Anspruch haben. Soweit Ibsen uns das vordemonstriert, kommt er uns ein wenig spießig vor. Ueber menschliche Schwächen der Wesenden können wir hinweggehen, weil wir wissen, daß es überall menschlich ist. Uns interessiert in dem Stück vor allem die Charakterisierung des wirtschaftlichen Gemaltes, des sozialen Charakters, der über Leiden „griechet“. Aber gerade die prägnante Szene Vernid — Anne, wo der Konful den alten Schiffbauernmeister Anall und Hall entlassen will, gehört — hoffentlich für immer — der Vergangenheit an. Die Betriebsräte würden heute für etwas unterbinden, ein tröstliches Zeichen, daß es doch langsam besser wird. Die Prämisse und Gerechtigkeit durch sie erhalten, die Gebrechen der Personen die richtige Folie. Aber auch dieses Thema hat seither eine weit schärfere und drastischere Behandlung erfahren, und wie sind nachgerade gewohnt, hinter solcher auffälligen Promutuerer interessante Vergangenheit zu suchen. Beispiele lehren, daß ehemalige Säcker die denabtesten Mäßigkeitsapostel abgeben können, und Hebel hat geschrieben: „Man baut niemals Kapellen ohne Grund.“

Das wären so einige Gründe für das Verlassen des Stückes für uns heutige. Immerhin muß die Wahl für die Zwecke der Volksbühne und zur Bekannmachung mit dem großen Normerger gelobt werden, und es scheint auch nicht, als ob das Folgen den Zuschauer Schwierigkeiten bereitet hätte.

Studentenleben

Die Hochschulen sind heute der Herz der Reaktion; dieses zu verstehen, die das Vorhandensein des Landes bezweifeln. Welche Ursachen dazu geführt haben, die Unversitäten zu den Stätten reaktionären Geistes zu machen, soll im einzelnen nicht besonders in diesem Zusammenhang untersucht werden. Die Zusammenlegung des Studentenkörpers aller deutschen Hochschulen weist gegenüber den Vorkriegsjahren in seiner sozialen Struktur ein anderes Bild auf. Beste im Vorkriegsstand, die zur wachsenden Zeit nur ein geringfügiges Wachstum dem akademischen Stand gegenüber zur Schau trugen, gehören heute selbst nach dem Zusammenbruch diesem Stand an. Die Unzufriedenheit eines übergroßen Teils der Studierenden hat ihre eigentliche Ursache weniger in der Verarmung des gegenwärtigen innerstaatlichen Zustandes, als vielmehr in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage. Wie wahr es immer bleibt, daß die soziale und wirtschaftliche Lage einer Klasse auch ihre geistige Einstellung bestimmt, darüber gibt eine durch Fragebogen veranlaßte Umfrage anlässlich der Einführung der Quaderprüfung für arme Studenten an der Berliner Universität interessante Aufschlüsse. Von den 1000 um Befragung nachzustehenden Studenten konnten nur 350 ausgelassen werden.

Um einen Maßstab für die Vermögenslage der Eltern zu gewinnen, hat man das Einkommen des Vaters bezw. der Mutter durch die Anzahl der davon lebenden, sonst unberichtigten Personen dividiert. Vom Einkommen des Vaters oder der Mutter hielten auf den Kopf — wie ein Mitarbeiter der Berliner „Voss. Zig.“ mitzuteilen weiß — der davon zu unterhaltenden Familienmitglieder bei 102 Studenten 1500 M. und weniger.

Dementsprechend niedrig werden die Zuschüsse von zu Hause angegeben. Nur 103 Studenten belamen überhaupt einen Betrag; davon 28 mehr als 200 M., 21 belamen 100 M. und darunter, 66 erhielten 100 M. bis 200 M. im Monat.

Diese mäßigen Vermögensverhältnisse zwingen jeden Dritten der 300 Befragten zu einem Erwerb neben dem Studium. Dieser beträgt: 34 Studenten monatlich 200—700 M., 47 Studenten monatlich 100 bis 200 M., dem Rest weniger als 100 M.

16 Studenten geben an, daß sie von ihrem Verdienst noch ihre eigene Familie, Frau und Kind oder die Mutter oder einen jüngeren Bruder mit unterhalten müssen.

Die verschiedensten Berufe sind vertreten: eine größere Anzahl ist Hauslehrer oder ausschließlich bei einer Bank, die übrigen verteilten sich auf Telefonisten, Kontoristen, Korrespondenten, Schriftsteller, Klavierpieler in Kneipen, selbst durch Kostenträger, Plakate Leber, Grubenarbeit während der Ferien suchen sich manche das Geld zu verdienen. Wie die Studierenden heute vielfach Berufen nach, die früher wohl kaum als „honestum“ gegolten haben; wo der Sohn sich durch Erbschaft oder Bureauarbeit mühsam durchschlägt, ist der Vater oft einfacher Arbeiter oder Kleinrentnerbetreiber; ist der Vater verstorben, die Familie ohne Ernter, wie dies bei einem Drittel der Amrogeliter der Fall war, da arbeitet die Mutter oft noch mit, auch wenn sie, wie mehrfach angegeben wird, schon die 60 erreicht hat, als Wäscherin, Korrespondentin, Stenographin, oder sie vermietet Zimmer; die Schwägerinnen sind oft gleichfalls tätig, als Näherin, Kopierhelferin, Hausmädchen, die Brüder waren u. a. Kellner oder Arbeiter.

Kein warmes Mittagessen, sondern nur Brot, belamen bisher von den 350 Studenten 40; 160 geben als Preis für Mittagessen auswärts 2,50 M. und darunter an — was das bei den heutigen Preisen bedeutet, ist klar — 80 von denen, die zu Hause essen, sind in den bescheidensten Verhältnissen und dürften auch zu Hause kaum satt zu essen bekommen.

Für ein möbliertes Zimmer zahlen von den 117 nicht zu Hause Wohnenden 41,50 M. und darunter im Monat; 62 geben 30 M. bis 100 M. im Monat; nur 14 geben mehr als 100 M. im Monat.

Viellos, was bisher undegreiflich erschien, wird mancher nun verstehen können.

sch. Sozialdemokratischer Verein — Bezirk Mühlburg. Am Sonntag abend veranstalteten die Mühlburger Genossen ein gemütliches Beisammensein. Das vorgesehene Programm mußte infolge Wlages mehrerer daran beteiligter Genossen leider größtenteils ausfallen. Auch der Besuch der Veranstaltung ließ für Mühlburger Verhältnisse zu wünschen übrig. In hervorragender Weise war die Jugendgenossenschaft „V. u. d. B.“ an der Verschönerung des Abends beteiligt. Der „V. u. d. B.“ brachte ein Lied zum Vortrag, Frau Weich trug selbstgeschriebene Sachen vor. Genosse Haack erzählte von der Entwicklung des Sozialismus und von den Widerwärtigkeiten und Reiben, die den Genossen früher befallen waren. Ernst und Berndt forderte Genosse Fretzel zu eifriger Mitarbeit auf und riefte an die anwesenden Mitglieder einen kräftigen Appell zum Eintritt in die Partei und zum Bezuge des

„Sozialismus“. Jugendgenosse W. u. r. warb für die Arbeiterjugend.

Keine sportlichen Wettspiele an höchsten Feiertagen. Nachdem der Landtag kürzlich beschlossen hat, daß in Baden an den höchsten Feiertagen keine sportlichen Wettspiele stattfinden dürfen, hat das Ministerium des Innern die Bezirksamter angewiesen, sämtliche sportlichen Wettspiele am ersten Tage von Weihnachten, Ostern und Pfingsten und in den Gemeinden, in welchen die katholische Kirche Feiertage hat, am Feiertagstag, sowie in den Gemeinden, in welchen die evangelische Konfession Feiertage hat, am Karfreitag zu unterlassen.

Tropen wie nicht für Sportfertigkeit sind, hätten wir obigen Beschluß des Landtags für unbillig, denn er bedeutet eine schwere Schädigung auch derjenigen sportlichen Bestrebungen, die den Sport in feiner Weise betreiben.

Wegen des Mißbrauchs des Krankenmilitärs. Um dem häufig beklagten Mißbrauch bei Ausstellung ärztlicher Zeugnisse zwecks Erleichterung der Zulassung von Krankenmilitär zu begegnen, wurde auf Veranlassung des Stadtrats in der Polizeikommission folgende Bestimmung aufgenommen: „Der Stadtkommission steht jederzeit das Recht zu, Krankenmilitär beantragende oder bestehende Personen einer Nachuntersuchung durch die städtischen Vertrauensärzte unterziehen zu lassen. Ergibt die Nachuntersuchung, daß ein Anspruch auf Krankenmilitär nicht besteht, so können dem Antragsteller die Kosten der Nachuntersuchung auferlegt werden“. Gleichzeitig wurde angeordnet, daß fünfzigsten aus der Reihe der täglich einlaufenden ärztlichen Zeugnisse jeweils eine beliebige Anzahl von Fällen zur Nachuntersuchung herausgegriffen werden, selbstverständlich, ohne daß dadurch die vorläufige sofortige Zulassung der Krankenmilitär in dringlichen Fällen verzögert wird.

Marietten-Theater Pfälzer Künstler. Der Saalbau ist ein Total-Ede-Kocher- und Grottenbau, — welche nicht eine lebensgefährliche Tropfenhöhe in Handlung! Solches konnte man nämlich als Annahme des Karlsruher Publikums denken, das die Errichtung einer bemerkenswerten Kunststätte durch intensive Arbeit zu bewerkstelligen begreift. — Es handelt sich um das Marietten-Theater Pfälzer Künstler, das am Samstag abend in genanntem Lokal beginnen — wollte. Schon die äußere Aufmachung zeigt, daß man es mit erster und eifriger Kunst zu tun hat. Die geschmackvoll ausgestattete Fassade läßt das Gebäude in jeder Hinsicht als künstlerisch gehalten, vorab die Figuren, deren höchst charakteristischer Gesichtsausdruck neben der richtigen, gefälligen Größe, sofort als von echter Künstlerhand stammend, in die Augen springen. In der Fassade hat das Theater bereits wochenlang großes Interesse erweckt, vor allem deswegen im Hinblick der Schaulustigen und so wollen wir nicht bezweifeln, unsere Gewerkschaften und die Arbeiterjugend zum Besuch dieser unterhaltlichen Kunststätte anzulocken, die bei aller Mannigfaltigkeit so vorzügliches bietet. Am nächsten Sonntag nachmittag fand die erste Kinderbesetzung statt, die gut besucht war, es wurde „Daniel und Gabriel“ oder „Der Waisenknabe“ gegeben; am Abend „Die Zehngebirge“.

M. Ueber „Die Feuerbestattung ein Kulturfortschritt“ sprach am Montag abend Herr Rediger Dr. Weich als Mannheim im großen Saalbau. Herr Weich, der von Karlsruhe her im Unbekannt ist, verstand es vorzüglich, den zahlreichen Zuhörern den Gedanken der Feuerbestattung sympathisch zu machen. In großen Umrissen gab er einen geschichtlichen Rückblick, wie schon in grauer Vorzeit die Gebehen, die Römer und auch schon die Germanen ihre toten Geliebten den Flammen übergeben, wie der Gedanke der Feuerbestattung schon auch im Mittelalter sich erhalten habe, bis er in den 70er Jahren bei uns erneut auftauchte und propagiert wurde. Trotz aller Verbote und Verfolgungen hatte der Gedanke der Feuerbestattung zu jeder Zeit seine Anhänger und Freunde. Zum Wesen der Feuerbestattung übergehend schilderte er die großen gesundheitlichen Gefahren, die die Erdebestattung in sich birgt und welche ungeheuren Kosten den Säbten aus der Anlage von Friedhöfen erwachsen. In vornehmer Weise geriet er der Redner die Begebenheiten, die aus religiösen und pietätischen Gründen sich der Feuerbestattung entgegenstellten und gab interessante Daten über das Anwachsen der Einäscherungen im allgemeinen und in Deutschland im besonderen. Auch der kirchliche Widerstand ist allmählich verfallen. Von 70 000 Toten wurden 50 000 religiös beigesetzt. Deutschland besitzt 61 Krematorien, davon haben 5. — Der Vorsitzende des Vereins für Feuerbestattung, Herr Stadtrat Weich, dankte dem Redner und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese, seit langer Zeit wieder erste Veranstaltung, dem Verein viele neue Freunde zuführen möge.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 8. März 1921

Vorausichtige Witterung: bis Mittwoch nachts: meist heiter, trocken, Nachtfrost, auch tagsüber kühl, nördliche Winde.

Vereinsanzeigen

Die zu 4 Teilen mit 1,50 bis 2,00 die Stelle (Veränderung) haben unter dieser Aufschrift keine Aufsicht Karlsruhe. (Gesangverein „Liederkreis“.) Die Sänger treffen sich Mittwoch abend 1/2 8 Uhr in der „Schrampe“, gewöhnlich 8 Uhr.

Anteilungen. (Sozialdem. Verein.) Die Mitglieder werden auf Mittwoch, 9. März, abends 8 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung im „Grünen Baum“ eingeladen. Ganz besonders wird die Bürgerausschußaktion ersucht, vollständig zu erscheinen.

Stadtbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geschichtlichen. Ferdinand Stabel von Engen, Schneider hier, mit Anna Huber von Metersheim, Heinrich Krauber von Albst, Schlosser alda, mit Anna Rothger von Sodenheim. Oscar Koenigsmacher von hier, Techn. hier, mit Anna Pöbler von Rastatt, Friedrich Schröder von Rastatt, Eisenarbeiter alda, mit Helene Oetelinger von Mannheim. Max Plum von Heidelberg, Kaufmann hier, mit Alberta Götter von Wehrle. Karl Schäfer von hier, Hilfsarb. hier, mit Rosa Strohmayer von hier. Robert Nagel von Hochstetten, Schneider alda, mit Friederike Hönigke von Neipperg. Alfred Krüger von Rastatt, Tapez. hier, mit Anna Band von hier. Dr. Alfred Redetz, von Freiburg, Neg.-Rat hier, mit Elisabeth Krebber von Fullendorf. Andr. Höhrlein von Landeck, Kaufmann hier, mit Veria Reisel von Mannheim. Ludwig Lamm von Zabern, Gärtner hier, mit Helene Lerner Witwe von Zabern. Christian Görtmann von hier, Schriftf. hier, mit Frieda Gehry von Wiesingen. Karl Benz von hier, Fab.-Arb. hier, mit Anna Wendel von Durlach. August Grimm von Glästerhausen, Eisenarbeiter hier, mit Sophie Kolb von hier.

Geburten. Hans Karl, B. Karl Göbber, Schneider. Helene Margarete, B. Paul Kellina, Kaufm.-Geh. Anneliese Pauline Marie Susanne, B. Dr. Karl Doll, Professor. Rudolph Hermann, B. Hermann Schröder, Schneider. Anneliese Veria, B. Arnold Garpender, Oberst.-Sekr. Rudi Josef, B. Karl Geils, Kellner. Gertrud Sofie, B. Wlfr. Schrödt, Schneider. Robert Albin, B. Joh. Ernst, Buchhalter. Gertrud Sofie, B. Christ. Hubel, Schriftf. Elsa Wilhelmine, B. Antonin Raffalter, Tagelöhner. Erich Joachim, B. Karl Dittler, Schneider.

Todesfälle. Gregor, alt 3 Monate 10 Tage. B. Willi Berndt, Wagenführer. Karol. Göb, alt 79 Jahre. Witwe von Augustin Göb, Marktschreiber. Walter, alt 1 Monat 25 Tage. B. Friedr. Müller, Sch.-Pol. Wächter. Karl Wagner, alt 48 Jahre, Chefkoch von Ludwig Wagner, Fabr.-Arb. Gottlieb Eisenmenger, Kaufm., Ehemann, alt 67 Jahre.

Der Vorterein von Karlsruhe und Umgebung veran-

Valuta-Bericht vom 8. März

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 980 Cts.

Wasserstand des Rheins

Schnelrinne 14, gef. 5; Rehl 115, gef. 8; Rogau 266,

Kleine Nachrichten

Berlin. Das Berliner Tageblatt meldet aus Köln:

Berlin. Der am russisch-polnischen Agitator Mozenblum

Hamburg. Der Hafenarbeiterausstand ist beendet.

Uppsala. Um die ruhige Durchführung der Abstimmung

Paris. Nach einer Vorausmeldung aus Luxemburg ist

Paris. Der aus dem Rechtsprozess bekannte frühere

Mailand. 4. März. Während in Florenz die Ruhe

Letzte Nachrichten

Proklamation des Reichspräsidenten

WTB. Berlin, 8. März. Der Reichspräsident

Mitbürger! Unsere Gegner im Weltkriege haben un-

Eine Unterredung mit Dr. Simons

London, 7. März. (Havas.) Die „Sunday Times“ ver-

Lloyd Georges mitteilte. Dr. Simons erklärte, daß Deutschland

Lloyd Georges Antwort an die Arbeiter

Amsterdam, 7. März. Wie erinnerlich, hatten das Inter-

Es ist überflüssig, von den niederländischen Gewerkschaf-

Deutsche Pressestimmen

Einmütig begrüßen die Völker die in Kraft getretenen

Die „Tägliche Rundschau“ stellt fest, daß die Entente von

Der „Vorwärts“ erklärt die Zwangsmaßnahmen als den

Die russischen Geheimdokumente zur Schuld am Weltkrieg

TU. Neuyork, 7. März. Die Zeitungen des New-York-

menten aus dem Petersburger Geheimarchiv an, für deren

Aus Oberschlesien

WTB. Beuthen, 7. März. In einer Versammlung der

Die Lage des österreichischen Volkes

Freigeistlich von der Kommission des internationalen

Wien, 7. März. Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht

Die Verschwörung in Rußland

Die „Vostokische Zeitung“ bringt über die Verschwörung

Briefkasten der Redaktion.

Arbeiter-Sportverein hier. Bericht kam wieder zu spät.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Ar-

Wer kann täglich 1 bis 1 1/2 Liter gute Seifenmilch! Hierfür...

Kaufen Sie DIXID von Henkel bestes Seifenpulver Preis Mk. 2.25 das Paket. Alleinige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf.

Karlsruhe, Kleiner Festhallsaal Mittwoch, den 9. März 1921 von 2 bis 6 Uhr nachmittags Ausstellung kulinarischer Erzeugnisse des Gastwirts-Gewerbes.

Danfels Konfektionshaus Wilhelmstraße 24, 1. Treppe. Große Posten Kostümrocke Einheitspreis Mk. 40.-

Bund der Techn. Angestellten und Beamten Ortsgruppe Karlsruhe. Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, in der Nept. Hovinger (Gartenaal) Mitglieder-Versammlung.

Druckarbeiten aller Art. Aluminium-Geschirre. J. Bähr Eisenwaren Waldstraße 61 Telefon 5249.

Städt. Fischhalle Winter dem Bierdribbad Heute Dienstag trifft ein weiterer Wagon...

Neue Besichtigung der Mutterschaft von Franziska Dr. med. Zickel, M. G. 515 Altkreuz Antworten auf vertrauliche Fragen. Brosch. M. 15.- gebd. M. 19.20.- Buchverlag Matthes, München 8, Baaderstraße 3. 409*

Bibliothek, Klaffier usw. bill. zu verkaufen. Näheres im Volksfreundbüro.

Gunde mit oder ohne Junge, sehr wachsam. Anzulegen im Städt. Viehhof Durlach bei Bertolt. 3079

